

# Quo vadis Sozialpolitik?

Michael Opielka

Wissenschaftliche und politische Diskurse über eine angemessene Armuts- und Sozialpolitik verlaufen in aller Regel kontrovers. Die Debatte um das Grundeinkommen ist nur ein Beleg für diese Kontroversität. Die Idee des Grundeinkommens mag den einen gerecht, den anderen ungerecht erscheinen. Michael Opielka verdeutlicht am Beispiel des Grundeinkommens, dass eine auf Inklusion zielende Sozialpolitik nicht so einfach zu formulieren ist. Ein Grundeinkommen ist keine schlichte Sozialtechnologie, sondern eine Idee, welche die Komplexität der Gesellschaft und das Gefüge ihrer Teilsysteme (Wirtschaft, Politik, Gemeinschaft und Legitimation) bedenken muss. Versteht man die Idee des Grundeinkommens als Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedes Mitglied einer Gesellschaft unabhängig von Leistung und Herkunft beanspruchen kann, so berührt dies die Frage der Gerechtigkeit als Grundnorm des Politischen. Je nach dem zugrunde gelegten Gerechtigkeitsprinzip – Leistung, Gleichheit, Bedarf, Teilhabe – ergeben sich unterschiedliche Facetten der Bewertung und Nuancen der Begründung für die Idee des Grundeinkommens. |

## Sozialpolitik und Bildungspolitik

Sozialpolitikwissenschaftliche Beiträge zur Armutsbekämpfung konzentrieren sich heute auf den Problembereich Bildung: einerseits als Problem mangelnder Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt, andererseits als Mangel an öffentlichen Kinderbildungseinrichtungen und damit fehlender Arbeitsmarktverfügbarkeit von Müttern. Beides zusammen erhöhe dann auch im Alter das Armutsrisiko (Esping-Andersen 2002). In einer Wissensgesellschaft wird Bildung damit zu einer zentralen Ressource sozialer Teilhabe und somit zu einer entscheidenden Variable sozialer Ungleichheit. Versteht man unter Sozialpolitik den Versuch, allen Bürgerinnen und Bürgern die Inklusion in alle gesellschaftlichen Funktionssysteme dauerhaft offen zu halten, dann muss der Zugang zu Bildung als eine ihrer wesentlichen Aufgabenstellungen gelten. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zur sozialen Gerechtigkeit im OECD-Vergleich macht deutlich, wie schwach die Chancengleichheit im deutschen Bildungswesen noch immer ausgeprägt ist. Die Wahrscheinlichkeit eines Kindes

aus einem sozial schwachen Umfeld, durch Bildung am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, ist in Deutschland noch immer deutlich geringer als in vielen anderen entwickelten Staaten (Bertelsmann Stiftung 2011). Eine Sozialpolitik der Zukunft, die Armut primär präventiv bekämpfen und beseitigen möchte, muss daher auf das Engste mit einer umfassenden Bildungsreform verknüpft werden. Bildungspolitik ist damit auch Sozialpolitik.

Freilich werden wir im Folgenden sehen, dass eine auf Inklusion zielende Sozialpolitik nicht so einfach zu formulieren ist. Sie erfordert zweifellos ein hohes Maß an Teilhabegerechtigkeit oder Chancengleichheit. Private Luxusschulen wie Studiengebühren sind dabei hinderlich, umfassende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote und öffentliche Schulen demgegenüber hilfreich. Obwohl auch diese Themen im Detail umstritten sind, berühren damit verbundene Fragen noch grundsätzlichere Kontroversen. Wie wirkt es sich beispielsweise kurz- wie langfristig auf das Armutsrisiko von Frauen aus, wenn durch die Sozialpolitik Familienarbeit bezahlt wird, ob an Kindern in Form von Eltern- und Betreuungsgeld oder an alten Menschen in Form von Pflegegeld? Sollen überhaupt Möglichkeiten der Existenzsicherung außerhalb des Arbeitsmarktes eröffnet werden – oder besteht die beste Sozialpolitik darin, alle Bürgerinnen und Bürger für den Arbeitsmarkt zu „aktivieren“ und sei es mit Disziplinarmaßnahmen? Wäre ein unbedingtes, garantiertes Grundeinkommen für alle nicht die zukunftsträchtigste und nachhaltigste Lösung des Armutsproblems?

## Die Idee einer „Gesellschaft für alle“

Die Idee einer „Gesellschaft für alle“ liegt dem demokratischen Wohlfahrtsstaat zugrunde. Prozesse der Exklusion, von Armut und Arbeitslosigkeit und eine damit einhergehende Entfremdung vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie müssen als Warnsignale gelesen werden. Selbstverständlich scheint, dass eine Demokratie auf der rechtlichen Gleichheit aller baut. Und doch können viele angesichts von Billionen-Hilfen aus Steuergeldern für die Finanzmarktspekulanten kaum anders als daran zweifeln. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hatte diese

Zweifel feuilletonwirksam auf den Begriff der „Postdemokratie“ gebracht: „Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (...), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert“ (Crouch 2008, S. 13). Könnte die Idee des Grundeinkommens von einer positiven Freiheit erzählen? Vor fünfzig Jahren unterschied der Philosoph Isaiah Berlin in seinem Essay „Two Forms of Liberty“ folgenreich zwischen positiver und negativer Freiheit, zwischen „Freiheit zu“ und „Freiheit von“ (Berlin 2002). Berlin war, wie die meisten liberalen Philosophen, skeptisch gegen-

Die Silhouette einer Frau mit zwei Kindern zeichnet sich im Gegenlicht der Sonne ab. Sozialpolitik wirft grundsätzliche Fragen auf: Wie wirkt es sich kurz- oder langfristig auf das Armutsrisiko von Frauen aus, wenn durch Sozialpolitik Familienarbeit bezahlt wird, z.B. an Kindern in Form von Eltern- oder Betreuungsgeld?

picture alliance/dpa



über positiven Freiheiten. Sie versprechen, so seine Befürchtung, eine einzige Wahrheit. Bei einem antiken griechischen Dichter, Archilochos, entnahm er die Unterscheidung von Füchsen und Igel: „Der Fuchs weiß viele verschiedene Sachen, der Igel aber nur eine.“ Goethe war ihm ein „Fuchs“, Hegel ein „Igel“. Man sollte beide schätzen und nichts desto trotz Berlins Mahnung ernst nehmen. Das Grundeinkommen ist keine allumfassende Patentlösung. Das Grundeinkommen genügt nicht. Aber es scheint gleichwohl unverzichtbar. Warum?

Ein Grundeinkommen ist das Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedes Mitglied einer Gesellschaft unabhängig von Leistung und Herkunft beanspruchen kann. Eine Gesellschaft mit Grundeinkommen ist eine andere Gesellschaft als die heutige. Sie ist eine Gesellschaft für alle. Ihre Institutionen richten sich zuerst, so die Idee, an den Menschenrechten aus. Eine Grundeinkommensgesellschaft ist kein Paradies, in dem Milch und Honig fließen. Auch in ihr wird gearbeitet, wird es Konflikte geben, Verlierer und Gewinner, wird Leis-

tung gefordert, wird es Angst geben und ihre Überwindung. Aber sie hat die Armut überwunden. Etwa die Hälfte des gesellschaftlichen Einkommens wird vorgängig vor aller weiteren Verteilung über Arbeit oder Vermögen allen Bürgerinnen und Bürgern als Grundrecht garantiert. Eine Grundeinkommensgesellschaft ist eine reiche Gesellschaft, die ihren Reichtum allen Mitgliedern zugänglich macht.

Diese „konkrete Utopie“ wirft gewiss viele Fragen auf. Ein Grundeinkommen ist nicht einfach eine Sozialtechnologie, die von Experten bedacht und umgesetzt werden mag, sondern eine äußerst innovative Gesellschaftsidee, ein vierter, „garantistischer“ Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, genauer: zwischen Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus. Sie erfordert die Demokratie und sie erweitert, erneuert die Demokratie. Ohne Experten wird das Grundeinkommen nicht kommen, ohne die Bürgerinnen und Bürger nie, jedenfalls nicht gut.

Das 21. Jahrhundert ist durch eine verwirrende Gleichzeitigkeit von Globali-

sierung und Individualisierung gekennzeichnet. Das wirft erneut die Frage nach der Möglichkeit sozialer Ordnung – also von Gesellschaft – auf, die zwischen den Einzelnen und einer unübersichtlichen Welt vermittelt. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Wohlfahrtsstaat, der zentrale Funktionen traditioneller Gemeinschaften, vor allem der Familie, übernahm. Folgt man dem Gedanken, dass die Gesellschaft durch einen fiktiven Vertrag begründet wird und nicht einfach als ein System hierarchischer Herrschaft verstanden werden kann, so stellt sich die Frage, wie dieser „Gesellschaftsvertrag“ (Jean-Jacques Rousseau) unter den neuen Bedingungen aussehen soll. Dass die Antwort auch angesichts der aktuellen globalen Finanzmarktkrise die Idee des Grundeinkommens einschließen muss, erfordert erheblichen Begründungsaufwand.



Jeder Vorschlag zur Zukunftsgestaltung der Gesellschaft muss mit seiner Begründung der Komplexität unserer Wirklichkeit gerecht werden. Unsere soziale Ordnung folgt dem Wesen des Menschen. Wir können vier Weltverhältnisse des Menschen unterscheiden: Wir passen uns der Natur an, treten in wirtschaftlichen Verhältnissen im Modus der Arbeit mit ihr und mit anderen Menschen in materiellen Austausch. Wir sind, zweitens, Willenswesen, versuchen unsere Interessen strategisch durchzusetzen und treten in politische Verhältnisse. Zum dritten sind wir führende Wesen, wir kommunizieren und handeln damit in gemeinschaftlichen Verhältnissen. Schließlich und viertens sind wir Denkwesen, wir handeln sinnhaft, als Ich, und finden uns in geistigen, legitimativen Verhältnissen (Opielka 2006). Diese vier Weltverhältnisse finden wir in der Gesellschaft wieder, in ihren hoch differenzierten Teilsystemen von Wirtschaft, Politik, Gemeinschaft und Legitimation. Wirtschaft und Politik sind uns vertraut. Das Gemeinschaftssystem ist weniger bekannt. Dazu gehören Bildung, Wohlfahrt, Öffentlichkeit und Kunst. Auch das Legitimationssystem ist nicht bekannt genug und doch gehören Wissenschaft und Religion weder zu Politik noch zur Wirtschaft. Warum diese Unterscheidungen? Sie können uns zeigen, dass unsere soziale Ordnung fein gefügt und verletzlich ist. Sie können uns auch zeigen, dass jede große Sozialreform auf allen Ebenen bedacht werden muss.



### **Vier Gerechtigkeitsprinzipien: Leistung, Gleichheit, Bedarf, Teilhabe**

Wenn wir über die Idee des Grundeinkommens nachdenken, dann erscheint sie den einen intuitiv so gerecht wie anderen ungerecht. Da hilft Ordnung im Denken. Denn was wir gerecht nennen, folgt womöglich der Ordnung von Mensch und Gesellschaft. So erscheint Liberalen und der Mehrheit der Ökonomen gerecht, was der Leistung am Markt entspricht. Sozialisten wiederum halten für gerecht, was durch den Staat via Umverteilung an Gleichheit erreicht werden kann. Konservativen erscheint gerecht, was in Gemeinschaften, vor allem in Familien und in hierarchischen Schutzverhältnissen, an tatsächlichem Bedarf beurteilt wird.

Damit haben wir die hergebrachten politischen Lager und ihre Gerechtigkeitsideen benannt: Leistungsgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit. Es fehlt das vierte Lager. Es ist politisch noch unklar geformt. Die grüne Idee der Ökologie und die mit ihr gestellte Gattungsfrage nach

dem Überleben aller kommen ihm nahe. Sie verweist auf die Menschheit, politisch auf die Menschenrechte. Ihr Gerechtigkeitsgedanke ist die Idee der Teilhabegerechtigkeit. Hier scheint auf den ersten Blick die Idee des Grundeinkommens ihre neue Heimat zu finden. Aber wir werden sehen, dass alle vier Lager, alle vier Gerechtigkeitsideen – Leistung, Gleichheit, Bedarf und Teilhabe – ein Grundeinkommen befürworten können (Opielka 2008).

#### **Gerechtigkeitsprinzip Leistung**

Beginnen wir mit der wirtschaftlichen Seite des Grundeinkommens. Die Frage, ob ein Grundeinkommen dem Menschen entspricht, hat der Psychoanalytiker Erich Fromm vor vielen Jahren (1966) bejaht: „Der Übergang von einer Psychologie des Mangels zu einer des Überflusses bedeutet einen der wichtigsten Schritte in der menschlichen Entwicklung. Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus

(was man auf der ganzen Welt am intensivsten in Bauernkulturen beobachten kann). Eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität. Tatsache ist jedoch, dass die meisten Menschen psychologisch immer noch in den ökonomischen Bedingungen des Mangels befangen sind, während die industrialisierte Welt im Begriff ist, in ein neues Zeitalter des ökonomischen Überflusses einzutreten. Aber wegen dieser psychologischen ‚Phasenverschiebung‘ sind viele Menschen nicht einmal imstande, neue Ideen wie die eines garantierten Einkommens zu begreifen, denn traditionelle Ideen werden gewöhnlich von Gefühlen bestimmt, die ihren Ursprung in früheren Gesellschaftsformen haben.“ Fromm sah gleichwohl, dass ein Grundeinkommen nicht viel Gutes bewirkt, wenn das kapitalistische Prinzip des „maximalen Konsums“ ungebrochen bliebe. Es müsste vielmehr in ein „System des optimalen Konsums“ verwandelt werden. Darunter schwebte



Das „Netzwerk Grundeinkommen“ wirbt auf dem Streetlife-Festival in München mit T-Shirts. Versteht man die Idee des Grundeinkommens als Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedes Mitglied einer Gesellschaft unabhängig von Leistung und Herkunft beanspruchen kann, so berührt dies die Frage der Gerechtigkeit als Grundnorm des Politischen.

picture alliance/dpa

ihm vor, den Anteil der öffentlichen Güter und Dienstleistungen erheblich auszuweiten, „dass man das Problem des garantierten Einkommens auch so lösen könnte, dass man alles zum Leben Notwendige – im Sinne eines festgelegten Minimums – kostenlos bekäme, anstatt es bar bezahlen zu müssen“ (Fromm 1986, S. 20, 26, 24). Der Gedanke erinnert an Paul Lafargue, den Schwiegersohn von Karl Marx, der sich in seiner Schrift „Das Recht auf Faulheit“ gegen die Forderung nach einem „Recht auf Arbeit“ stellte und die unkritische Konsum- und Wachstumshoffnung der marxistischen Revolutionäre kritisierte. Die sozialistische Version des Grundeinkommens – öffentliche Versorgungsangebote statt Geld ohne Auflagen – hat sich freilich, bisher jedenfalls, kaum bewährt. Entscheidend bleibt der psychologische Gedanke einer grundlegenden Sicherheit.

Entscheidend ist damit die Beantwortung der Frage, wozu Wirtschaft dient. Sie dient der Bedarfsdeckung. Würde

ein Grundeinkommen dieses Ziel gefährden oder befördern? Die Frage nach Nutzen und Funktion der Wirtschaft muss mit der Frage verknüpft werden, ob alle an ihr und in gleicher Weise teilhaben. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Vermögen und Kapital sind äußerst ungleich verteilt. Und auch die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt sind keineswegs für alle dieselben. Die Soziologin Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, argumentierte in einem „Wer würde dann noch arbeiten?“ übertitelten Gespräch mit Götz W. Werner, dem bekannten Grundeinkommensbefürworter, skeptisch: „Für Sie wären 800 Euro Gold wert gewesen, weil sie gute Voraussetzungen hatten, vor allem eine gute Ausbildung. Ein Grundeinkommen schafft nicht automatisch gleiche Zugangschancen. Dieses Gerechtigkeitsprinzip ist in unserer Gesellschaft durchbrochen. Menschen mit niedriger Bildung bekommen schlechte oder keine Jobangebote. Sie vertreten da ein elitäres

Konzept. Denen, die viel haben, wird noch mehr gegeben. (...) Mit 800 Euro im Monat wären die Menschen noch viel zu sehr mit ihrem Überleben beschäftigt. Es müsste viel mehr sein, 2.000 oder 2.500 Euro, was nicht finanzierbar wäre“.<sup>1</sup>

800 Euro im Monat für eine Person ist nur wenig mehr als die derzeitige Armutsgrenze, nur wenig mehr als Hartz IV-Empfänger erhalten. Doch bei einem Grundeinkommen wäre das Überleben gesichert. Wenn man mehr will und fast alle wollen mehr, dann wird man dafür sorgen müssen. Doch dies ist dann keine Sorge mehr für das Überleben, sondern für das gute Leben. Das ist ein großer Unterschied. Darum haben auch viele marktfreundliche und selbst marktrelegiose Ökonomen wie Milton Friedman für ein Grundeinkommen plädiert. Die Befürchtung, dass ein Grundeinkommen die Bereitschaft unterhöht, erwerbstätig zu sein, wird von ernsthaften Ökonomen kaum mehr vorgetragen. Im Gegenteil: Sie erhoffen sich eine Dynamisierung des Arbeitsmarktes, weil nun auch geringe Einkommen die Leistungsmotivation nicht mehr unterminieren. Jedes zusätzliche Einkommen erhöht in einem Grundeinkommenssystem das Haushaltseinkommen in relevanter Weise. Armut wäre gebannt und das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit gewahrt, zumindest, wenn den Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft. Gerhard Scherhorn, früher einmal Wirtschaftsweiser und Skeptiker eines Grundeinkommens, erkennt es heute als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, wenn es Gemeingüter stärkt und kleine Selbsthilfenetze ermuntert (Scherhorn 2012).

### Gerechtigkeitsprinzip Gleichheit

An dieser Stelle werden freilich neue skeptische Stimmen laut. Sie kommen aus der zweiten Gerechtigkeitsebene, von Sozialdemokraten und Sozialisten. Sie befürchten, dass ein zu niedriges Grundeinkommen das Gerechtigkeitsprinzip der Gleichheit verletzt. Das ist ein berechtigter Einwand. Ein gleiches, aber lächerlich geringes Einkommen für alle schafft keine Freiheit für alle. Gleichheit ist die Ebene des Rechts, die geistige Grundlage der Demokratie. Zu oft werden die Möglichkeiten der Politik unterschätzt, die Gleichheit zwischen den Menschen zu befördern. Man mag einwenden, dass Gleichheit auf niedrigem Niveau doch keine Gleichheit sei. Es sei viel sinnvoller, die Arbeitsmarktintegration zu fördern – und sei es mit

staatlichem Zwang. Wenn alle Arbeitnehmer seien, dann könnten sie auf dem Arbeitsmarkt mit Hilfe der Gewerkschaften für Gleichheit kämpfen. Das ist das Programm der „Agenda 2010“, von Hartz IV. Es wird nach wie vor verteidigt. Dass dieser Erfolg um den Preis der Verletzung von Gleichheit und Würde erzielt wurde, können diejenigen berichten, die genau hinsehen (Fehr/Vobruba 2011). Das Gerechtigkeitsprinzip der Gleichheit schließt Autonomie ein. Bürgersein muss mit Würde und Respekt verknüpft sein, mit Anerkennung, wie Hegel erkannte.

Positive Freiheit, „Freiheit zu“, ist mit sozialer Demokratie, mit sozialistischem Denken auf das engste verknüpft. Daher war der Liberale Berlin skeptisch und befürchtete ein anderer Liberaler, der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek, Spiritus Rector der Freiburger Schule, vor 50 Jahren, dass mehr als zehn Prozent Staatsquote Sozialismus bedeute. Das ist heute weltweit die Regel. Öffentliche Güter haben für die große politische Mehrheit ihren Schrecken verloren, mehr noch, die Menschen sehen, dass sie in einer hoch arbeitsteiligen, globalisierten Welt unverzichtbar sind. Gleichheit ist, wie Bevölkerungsumfragen den irritierten Eliten vorhalten, ein Wert der Deutschen – und der Europäer. Gleichheit steht, so könnte man das deuten, als Symbol für Sicherheit. Das Institut für Demoskopie Allensbach stellt seit 1955 die Frage: „Würden Sie gerne in einem Land leben, in dem es keine Reichen und Armen gibt, sondern alle möglichst gleich viel haben?“ Die Antworten der Deutschen – bis 1989 nur der Westdeutschen – überraschen: 1955 wollten das 49 Prozent nicht, 40 Prozent schon. Die 1960er-Jahre brachten eine Kehre: 1971 antworteten 51 Prozent mit Ja und 37 Prozent mit Nein. Während die Ja-Antworten auch 2008 mit 47 Prozent hoch waren, sank der Anteil derjenigen, die ausdrücklich widersprechen: nur noch 29 Prozent der Deutschen wollen in einem solchen Land lieber nicht leben. In derselben Befragung sahen 67 Prozent der Deutschen in der Aussage „Der Staat sorgt für eine Grundsicherung, damit niemand in Not gerät“ einen Ausdruck sozialer Gerechtigkeit (Petersen 2008). Man ist also nicht einsam in Deutschland, wenn mit der Idee des Grundeinkommens auch die Idee der Gleichheit verfolgt wird – einsam ist man nur unter den Eliten.

Es ist ein merkwürdiger Bruch zwischen oben und unten in Deutschland beim Thema Gleichheit und Gerechtigkeit. Ende 2006 stellte die Bertelsmann-Stiftung gut 1.000 repräsentativ ausgewählten deutschen Abgeordneten aus Ländern, Bund und Europa die Frage,

die Allensbach seit Jahrzehnten allen Bürgern stellt: „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht?“ 60 Prozent der Mandatsträger sagten Ja, 28 Prozent Nein, der Rest enthielt sich. Bei der Bevölkerung ist es genau umgekehrt: Ende 2006 sagten 56 Prozent Nein, im Sommer 2008 sogar 68 Prozent (Vehrkamp/Kleinsteuber 2006, S. 6; Petersen 2008). Ist das schon „Postdemokratie“ – oder schlicht die Abgehobenheit der Eliten, die Unfähigkeit zu fühlen, was den Bürgerinnen und Bürgern Sorge bereitet?

### Gerechtigkeitsprinzip Bedarf

Kommen wir zum dritten Gerechtigkeitsfeld und seiner Bedeutung für das Grundeinkommen. Es ist die Welt der Gemeinschaft, des Kommunitarismus, die Welt von Liebe, sozialer Integration, von Wärme und Anerkennung, von Familie und sozialem Engagement. Es ist die Welt des Konservativen, wie der sizilianische Fürst in Guiseppe Tomasi di Lampedusas Roman „Der Leopard“ durch seinen Neffen belehrt wurde: „Wenn alles so bleiben soll, wie es ist, muss sich alles ändern.“ Hier herrscht die Gerechtigkeitsidee des Bedarfs, nur die „wirklich Bedürftigen“ sollen etwas bekommen. Beurteilen kann es nur die Gemeinschaft, der Paterfamilias, der Stammesführer, der Chef, der Oberbeamte. Das klingt wie eine Karikatur des Konservativen, mag man einwenden und dagegenhalten, dass für moderne Konservative Gemeinschaft und die Idee der Bedarfsgerechtigkeit kein Widerspruch ist zu Leistung und Gleichheit, zu Markt und Staat. Gleichwohl, der Geruch des Konservativen, das „innere Jerusalem“ ist die Gemeinschaft, meist mythisch überhöht, Volk, Vaterland, Familie, Stand. Passt das zur Idee des Grundeinkommens? Einfach ist es nicht. Dieter Althaus hat es vorgemacht. Im Übrigen auch Lady Juliet Rhys-Williams. Die erste Autorin einer „Negativen Einkommensteuer“ im England der 1940er-Jahre war eine Konservative. Der kluge Konservative weiß, dass Gemeinschaft „mit Kuhwärme allein“ in einer modernen globalisierten Welt „verdampft“. Man muss nicht gleich an „Volksgemeinschaft“ oder – weniger kontaminiert – an die schwedische Idee des „Volkshomes“ denken, des umfassenden Wohlfahrtsstaats, um Gemeinschaft weiter zu fassen. Der Wohlfahrtsstaat ist eine Form der gesellschaftlichen Gemeinschaft. Und was spricht dagegen, Gemeinschaft und Bedarf moderner zu denken, ganz vom Einzelnen her, Gemeinschaft als Form des frei-

en Willens, Bindung als Folge von Freiheit zu verstehen?

Unterhalb dieser abstrakten Gedanken findet sich die Wirklichkeit der Familien. Sie setzt, recht gedeutet, Impulse für ein Grundeinkommen. Die Idee des Erziehungsgehaltes, vertreten von Linken, wie der früheren Lafontaine-Ehefrau Christa Müller, und von Konservativen wie der CSU in Form des freilich monetär bescheidenen „Betreuungsgeldes“, vertritt die Anerkennung der Erziehungsleistung als gesellschaftlicher Arbeit. Sie ist durchaus mit der Idee des Grundeinkommens verwandt und keineswegs rückwärtsgewandt und armutsfördernd (Kameran/Moss 2009, Müller/Opielka 2012). Ein Grundeinkommen anerkennt die Leistung in Gemeinschaften pauschal und ohne Nachweis.

### Gerechtigkeitsprinzip Teilhabe

Nun haben wir drei Begründungsebenen des Grundeinkommens untersucht, drei Versuche, „Gesellschaft für alle“ in den Ideenwelten der vorfindbaren drei politischen Lager und ihren Ordnungsleidenschaften zu entdecken. Wir kommen nun zur vierten, letzten und sicher komplexesten. Es ist die Welt der Ideen selbst, die Welt des Sinns, geordnet vor allem durch Wissenschaft und Religion. Ihre markante Form nimmt heute die Zivilreligion der Menschenrechte ein. Inklusion aller in alle Funktionssysteme der Gesellschaft, so hat Niklas Luhmann (anschließend an den großen amerikanischen Soziologen Talcott Parsons) die Aufgabe des Wohlfahrtsstaates benannt. Teilhabe aller an allen Funktionssystemen – diese Inklusion ist das Wertprogramm der modernen Sozialpolitik, das Programm gegen die Exklusion, gegen den Ausschluss. Die Pointe und zugleich der philosophische Lackmustest ist das Kriterium der Voraussetzunglosigkeit, der Bedingungslosigkeit. Menschenrechte, Grundrechte gelten unbeding. Ihre Grenze ist allein das Grundrecht des anderen. Das Recht auf freie Rede hat Jahrhunderte gewartet und ist noch heute fragil. Die negativen Freiheiten, die Grundrechte gegen eine übermächtige Herrschaft bleiben unverzichtbar und müssen gegen Monopole und Fanatiker immer wieder erkämpft werden. Wir sind hierzulande tolerant geworden, wir halten es aus, wenn negative Freiheiten gebraucht und selbst, wenn sie missbraucht werden.

Halten wir das auch aus, wenn es um die positive Freiheit des Rechts auf ein Einkommen geht? Warum fällt es so vielen so schwer, auch dem Armen zuzugestehen, dass er mit seinem Geld schlecht wirtschaftet? Warum schimpfen Medi-

en und Politiker über das Popcorn essende, schlicht fernsehende Prekariat und sprechen mit neidvollem Respekt über die Luxusgewohnheiten der Empfänger staatlicher Banken- und Steuer-subventionen? Vielleicht hat die weltweite Finanzkrise darin ihr Gutes. Sie kann zeigen, dass unbedingte Rechte, dass das Recht auf ein Grundeinkommen ein wenig mit Wirtschaft und Leistung, viel mehr aber mit den drei anderen Dimensionen des Menschen- und Gesellschaftswesens zu tun hat: mit der Gleichheit von Recht und Politik, mit der Anerkennung in Gemeinschaften und, vielleicht am meisten, mit dem Respekt vor dem Sinn eines jeden Lebens. Das Grundeinkommen als Menschenrecht in einer Gesellschaft für alle, das wäre nicht wenig.

### Bildungspolitik gegen Armut?

Kehren wir am Ende unseres Ausfluges zurück zur Ausgangsfrage: Hilft Bildung gegen Armut? Wir haben anhand der Diskussion des Grundeinkommens einen Gedanken untersucht, der in der Sozialpolitikwissenschaft als „Dekommodifizierung“, d. h. als Entkopplung von Lebenschancen und Arbeitsmarkt bezeichnet wird. Während „Kommodifizierung“ auf die Verwandlung der Arbeitskraft in die Warenform (engl. commodity/lat. commoditas) abzielt, will eine dekommodifizierende Politik arbeitsmarktexterne Existenzmöglichkeiten schaffen. Wir haben gesehen, dass auch hier die unterschiedlichen politischen Weltbilder ganz Unterschiedliches vertreten. Sozialpolitik ist vor allem auch ein Kulturprojekt (Oorschot u. a. 2008). Wissenschaft kann beim Verständnis des Denkens anderer, aber auch bei der Einordnung der eigenen Position helfen.

Lässt sich von einer „neuen Wohlfahrtsstaatlichkeit“ sprechen, wenn Bildungspolitik systematisch mit Sozialpolitik analysiert wird? Und welche Rolle spielt darin das Konzept des „Sozialinvestitionsstaates“? Jutta Allmendinger und Rita Nicolai konnten zeigen, dass die leistungsfähigsten Länder „gleichermaßen auf den Bildungs- und auf den Sozialstaat“ setzen (Allmendinger/Nikolai 2010, S. 116). Allerdings hat dies nichts damit zu tun, dass diese Länder die Idee der Dekommodifizierung verlassen und auf „Aktivierung“ und „workfare“ setzen oder ein merkantiles Verständnis von „Humankapital“ generalisieren; eher im Gegenteil: Man kann dies gut daran erkennen, dass in diesen – nicht nur skandinavischen – Wohlfahrtsstaaten (mit je unterschiedlichen Akzenten beispielsweise in Frankreich und der Schweiz) der Bürgerstatus und an ihn anknüpfen-

de Leistungsansprüche eine große Rolle spielen. Gerade wenn moderne Wohlfahrtsstaaten erfolgreich in Kinder und Familien investieren (Esping-Andersen 2002; Mühling/Schwarze 2011; Müller/Opielka 2012), machen sie dies in der Regel zugleich in Dienst- und in Geldleistungen – und wirken dadurch steuerungstheoretisch „konservativ“, aber dann darüber dekommodifizierend. Wenn die Bertelsmann Stiftung, bekannt als eher liberal bis sozialliberal orientierter Think-Tank, ein Lob auf die „universalistischen Wohlfahrtsstaaten“ (Esping-Andersen) Nordeuropas singt: sie seien „doch offenbar insgesamt am besten in der Lage, für gleiche Verwirklichungschancen innerhalb ihrer Gesellschaften zu sorgen“ (Bertelsmann Stiftung 2011, S. 31), so klingt Realitäts-erkenntnis an. Ein „Sozialinvestitionsstaat“ als neues Wohlfahrtsstaatsmodell erscheint im Blick der Regimetheorie vor allem dann zukunftsweisend, wenn er möglichst viele garantistische Elemente vertritt und die Bürgerinnen und Bürger im gesamten Lebenslauf unabhängig vom Arbeitsmarkt absichert, indem er in sie „investiert“. Dass dieses Konzept in einer Wissensgesellschaft auch ökonomisch erfolgreich sein dürfte, mag paradox erscheinen. Für Soziologen ist es dies allerdings nicht, wissen



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Michael Opielka ist Professor für Sozialpolitik an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena und Wissenschaftlicher Direktor des IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin. Zuvor war er u. a. Rektor der Alanus Hochschule Alfter, Abteilungsleiter am Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg und Bereichsleiter der Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie in Bensheim. Er studierte Rechts- und Erziehungswissenschaften an der Universität Tübingen, promovierte 1996 in Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und habilitierte 2008 mit einer Arbeit zu Werten im Wohlfahrtsstaat für Soziologie an der Universität Hamburg. Seine Schwerpunkte sind Sozialpolitik, Zukunftsforschung, Soziale Arbeit, Kultur- und Religionssoziologie.

sie doch, dass Gesellschaft weit mehr ist als nur Wirtschaft und Markt. Inklusion muss durch wohlfahrtsstaatliches Handeln in alle Funktionssysteme ermöglicht werden. Gelingt dies, dann reduziert sich auch soziale Ungleichheit und damit Armut.

### LITERATUR

- Allmendinger, Jutta/Nikolai, Rita (2010): Bildungs- und Sozialpolitik: Die zwei Seiten des Sozialstaats im internationalen Vergleich. In: Soziale Welt, 1–2 /2010, S. 105–119.
- Berlin, Isaiah (2002/1958): Two Forms of Liberty. In: Berlin Isaiah: Liberty. Oxford u. a., S. 166–217.
- Bertelsmann Stiftung (2011): Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011. Gütersloh.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main.
- Esping-Andersen, Gøsta et al. (2002): Why We Need a New Welfare State. Oxford.
- Fehr, Sonja/Vobruba, Georg (2011): Die Arbeitslosigkeitsfalle vor und nach der Hartz IV-Reform. In: WSI-Mitteilungen, 5/2011, S. 211–217.
- Fromm, Erich (1986): Psychologische Aspekte eines garantierten Einkommens für alle. In: Opielka, Michael/Vobruba, Georg (Hrsg.): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Frankfurt am Main, S. 19–27.
- Kammerman, Sheila B./Moss, Peter (Hrsg.) (2009): The Politics of Parental Leave Politics. Children, Parenting, Gender and the Labour Market. Bristol.
- Mühling, Tanja/Schwarze, Johannes (Hrsg.) (2011): Lebensbedingungen von Familien in Deutschland, Schweden und Frankreich. Ein familienpolitischer Vergleich. Opladen.
- Müller, Anja/Opielka, Michael (Hrsg.) (2012): Kann Liebe Arbeit sein? Kontroversen um bezahlte Elternschaft. Wiesbaden.
- Oorschot, Wim van/Opielka, Michael/Pfau-Effinger, Birgit (Hrsg.) (2008): Culture and Welfare State. Values and Social Policy in Comparative Perspective. Cheltenham.
- Opielka, Michael (2006): Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons. 2. Auflage, Wiesbaden.
- Opielka, Michael (2008): Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Reinbek bei Hamburg.
- Opielka, Michael (2009): Gesellschaft für alle. Grundeinkommen als positive Freiheit. In: soziologie heute, 3/2009, S. 12–17.
- Petersen, Thomas (2008): Die gefühlte Ungerechtigkeit. In: FAZ v. 23.7.2008.
- Scherhorn, Gerhard (2012): Grundeinkommen und Nachhaltige Entwicklung. In: Götz, Werner W./Eichhorn, Wolfgang/Friedrich, Lothar (Hrsg.): Das Grundeinkommen. Würdigung – Wertungen – Wege. Karlsruhe, S. 68–83.
- Vehrkamp, Robert B./Kleinsteuber, Andreas (2006): Soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter deutschen Parlamentariern. Gütersloh.

### ANMERKUNGEN

- 1 „Wer würde dann noch arbeiten?“ Jutta Allmendinger und Götz Werner im Gespräch. In: chrison, 10/2008, S. 41.